

17. Wahlperiode

Die Vorsitzende
des Ausschusses für Verfassungs-
und Rechtsangelegenheiten,
Verbraucherschutz, Geschäftsordnung

Mehrheitlich mit SPD und CDU gegen GRÜNE, LINKE und PIRATEN
--

An Plen

Beschlussempfehlung

des Ausschusses für Verfassungs-
und Rechtsangelegenheiten,
Verbraucherschutz, Geschäftsordnung
vom 12. März 2014

zum

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke
und der Piratenfraktion
Drucksache 17/0772
**Berlin setzt sich ein gegen Korruption:
Abgeordnetenbestechung wirksam bestrafen**

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Antrag – Drucksache 17/0772 – wird auch mit folgenden Änderungen abgelehnt:

„1. Absatz 1 Satz 1 wird wie folgt neu gefasst:

„Der Senat wird aufgefordert, im Bundesrat den Gesetzesbeschluss des Deutschen Bundestages (BR-Drs. 64/14) zu unterstützen, aber darauf hinzuwirken, dass Artikel 1 Nummer 4 dahingehend geändert wird, dass in den Absätzen 1 und 2 jeweils die Wörter ‚im Auftrag oder auf Weisung‘ durch die Wörter ‚zur Vertretung oder Durchsetzung der Interessen des Leistenden oder eines Dritten‘ ersetzt werden.“

2. Absatz 1 Satz 2 wird gestrichen

3. In Absatz 2 wird das Berichtsdatum ,30. Juni 2013‘ in ,30. Juni 2014‘ geändert.“

Berlin, den 18. März 2014

Die Vorsitzende
des Ausschusses für Verfassungs-
und Rechtsangelegenheiten,
Verbraucherschutz, Geschäftsordnung

Cornelia Seibeld